



MediNetz Bielefeld

Medizinische Flüchtlingshilfe für
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

Liebe Leser*innen,

in unserem 10. Infobrief schauen wir auf die aktuelle gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten und Migrant*innen

- mit Entsetzen angesichts der Streichungen von Geldern und Leistungen sowie beispiellosen Verschärfungen von Gesetzen auf Bundes- und Landesebene;
- mit Ermutigung angesichts erlebter Solidarität in der MediNetz-Arbeit hier in Bielefeld.

Beidem widmen sich die Beiträge in diesem Infobrief.

Für jede Form von Unterstützung im vergangenen Jahr sagen wir herzlich Dank!

Das Bielefelder MediNetz-Team.

Gesundheit ist unteilbar

Bundesweit gibt es in den größeren Städten über 40 MediNetze, MediBüros und Medizinische Flüchtlingshilfen (Standorte siehe unter www.medibueros.org).

Sie alle treten ein für das Recht auf einen ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung. Sie tun dies praktisch und politisch.

Auch Deutschland hat dieses Menschenrecht in diversen Abkommen unterzeichnet. Doch statt es endlich und vollständig umzusetzen, bauen politisch Verantwortliche neue Hürden auf: insbesondere Zurückweisung und Abschiebung auch vulnerabler und kranker Menschen, 36 statt bislang 18 Monate ausschließlich Notfallhilfe, Streichung von Asylverfahrensberatung, fehlende Sprachmittlung. Welche weiteren Abbaumaßnahmen des Asylrechts bei uns nach der Bundestagswahl drohen, haben die politischen Erdbeben in Berlin im Anschluss an den 27. Januar 2025 aufgezeigt.

Doch das ist nicht alles. Das Erschweren und Versagen von medizinischer Versorgung setzt sich gegenüber anderen Gruppen fort: generell Menschen ohne Krankenversicherung, Obdachlose, Bürgergeld-Bezieher*innen, Infragestellen von Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer*innen am 1. Krankheitstag, ...

Wir sind überzeugt, dass Menschenrechte nicht verhandelbar sind. Daher rufen wir zu gegenseitiger Solidarität auf – die politisch Verantwortlichen ebenso wie alle, die im Gesundheitswesen arbeiten.

Gesundheit ist unteilbar!

Niedrigschwellige Gynäkologische Sprechstunde (NAGS-BI)

In den letzten Jahren hat sich die Zahl von Anfragen an das MediNetz Bielefeld nach gynäkologischer Versorgung so stark erhöht, dass eine immense Versorgungslücke sichtbar wurde. Aufgrund von Zugangsbarrieren wie z.B. fehlender Krankenversicherung, finanziellen Nöten, Angst vor Stigmatisierung, Sprachbarrieren etc. finden Menschen mit gynäkologischem Versorgungsbedarf oftmals keinen Zugang zu medizinischer Hilfe und geraten dadurch u. U. sogar in lebensbedrohliche Situationen.

Daher bildete sich 2022 eine Arbeitsgruppe von Mitgliedern verschiedener sozialer und medizinischer Anlaufstellen. Eine Befragung und Antworten von über 60 Anlaufstellen in Bielefeld, die in Kontakt mit der genannten Zielgruppe sind, belegen eindrucksvoll, wie hoch der Versorgungsbedarf tatsächlich ist. Auf dieser Grundlage entwickelte die Arbeitsgruppe ein Konzept zur Einrichtung einer niedrigschwelligen gynäkologischen Sprechstunde in Bielefeld. Dieses stellten wir im Januar 2024 dem Koalitionsarbeitskreis Gesundheit und Soziales der Ratsfraktionen der Stadt Bielefeld vor – und wurden gehört! Im Herbst wurde das Konzept vom Rat einstimmig beschlossen. Aktuell wird es seitens der Stadt umgesetzt.

So sind wir zuversichtlich, dass die Not der betroffenen Frauen bald Gehör finden wird. Wir bedanken uns bei allen Unterstützer*innen des Projektes und hoffen, dass die gynäkologische Versorgungslücke von Menschen ohne Zugang zum regulären Gesundheitswesen in der Stadt Bielefeld in Kürze geschlossen werden kann.

Bezahlkarten für Menschen im Asylverfahren?

Ein Thema nahm zur Jahresmitte 2024 (kommunal)politisch – auch symbolisch und stellvertretend für weitere Schikanen für Asylsuchende in Deutschland – richtig Fahrt auf: die sog. Bezahlkarte. Hatten sich doch verschiedene Parteien, allen voran vielerorts die FDP und die CDU/CSU, aufgrund von Anschläge wie in Solingen, später auch Aschaffenburg, von den Rechtspopulisten treiben lassen, die fremdenfeindliche Grundstimmung in „irgendwelche“ – in diesem Fall auch völlig falsch begründete – „Maßnahmen“ umzusetzen. Hintergrund der Einführung der sog. Bezahlkarte auf kommunaler Ebene: die (mittlerweile längst widerlegte) Behauptung Asylbewerber*innen und Asylant*innen würden in größerem Maße bar bezogene Unterhaltsleistungen in ihre Heimatländer transferieren. Einschränkend sollen künftig – bis auf einen kleinen Restbetrag – die monatlichen Bezüge unbar auf eine Debitkarte gegeben werden, mit der dann in bestimmten Geschäften Lebensmittel und Dinge des alltäglichen Bedarfs erworben werden können. Im Unterschied zu EC-Karten lässt sich davon nichts überweisen oder in bar abheben. Wir sehen darin ein weiteres, fremdenfeindliches Diskriminierungs-instrument und haben uns an Aktionen gegen die Bezahlkarte beteiligt. Besonders krass: die technische Bereitstellung dieser Schikane verschlingt bundesweit Millionen an Geldern der Sozialhaushalte, die anderswo wiederum eingespart werden müssen bzw. fehlen. In Bielefeld haben sich die drei Parteien der Ratsmehrheit deutlich gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen. Da die schwarz-grüne NRW-Regierung eine Ausstiegsklausel für Kommunen vorgesehen hat, die sich per Ratsbeschluss gegen dieses Instrument aussprechen, besteht die Hoffnung für 2025 auf ein auch künftig bezahlkartenfreies Bielefeld.

Über unsere Arbeit

Unser Gesundheitssystem schließt Menschen aus, illegalisiert manche Geflüchtete, ignoriert „Papierlose“. Mehr Menschen als man denkt leben ohne Krankenversicherungsschutz und haben keinen normalen Zugang zum Gesundheitssystem.

Es gibt kranke Menschen, die ohne unsere Vermittlung und ohne die Hilfe der - oft unentgeltlich arbeitenden - Ärzt*innen und medizinischen Dienstleister*innen unversorgt blieben. Telefonisch nehmen wir ihre Anfragen entgegen und vermitteln ärztliche Termine. Dazu arbeiten wir mit Ärzt*innen, Praxen, Krankenhäusern, Apotheken, Privatpersonen und weiteren Akteur*innen zusammen.

So gibt es bspw. langfristige gute Kontakte mit dem Ökumenischen Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen Bielefeld (Kirchenasyl), mit dem Sozialpfarramt, mit Streetmed (einer medizinischen Anlaufstelle von Bethel für Obdachlose) und zahlreichen anderen sozialen Einrichtungen. Anfallende Kosten finanzieren wir über Spenden.

Darüber hinaus engagieren wir uns lokalpolitisch und setzen uns beispielsweise für die frühzeitige Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein. Auch auf bundesweiter Ebene bestehen aktive Netzwerkstrukturen, in zahlreichen großen Städten sind ähnliche MediBüros oder MediNetze vertreten. Mit ihnen stehen wir in engem Kontakt und Austausch. Gemeinsames Ziel ist ein ungehinderter Zugang zu bedarfsgerechter medizinischer Versorgung für alle Menschen.

Unsere **Spendenkontodaten** lauten:
AK Asyl e.V.
Stichwort: „Medi-Hilfe“
IBAN: DE 96430609674037753100
GLS Gemeinschaftsbank eG

MediNetz Bielefeld



Medizinische Flüchtlingshilfe für
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

MediNetz
Bielefeld

c/o AK Asyl.e.V.
Friedenstr. 4-8
33602 Bielefeld

Tel.
0521-546515-11

Fax
0521-546515-99

e-Mail
info@medinetz-bielefeld.de